GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Regieren in einer komplexer werdenden Demokratie

Kerchner, Brigitte

2010

https://doi.org/10.25595/3213

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kerchner, Brigitte: *Regieren in einer komplexer werdenden Demokratie*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 19 (2010) Nr: 2, 24–38. DOI: https://doi.org/10.25595/3213.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE
UNIVERSITÄT
BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Regieren in einer komplexer werdenden Demokratie

BRIGITTE KERCHNER

„Man kommandiert die Frauen nicht, man regiert sie ‚politisch' ".[1]

(N. Luhmann 1988, 51)

Nicht selten lassen wir uns beim Betrachten von Politik von einer Gewissheit leiten: Die Wirklichkeit, die uns umgibt, ist zunehmend vielfältig und fragmentiert; entsprechend wirken die Sachprobleme, für die politische Lösungen gefunden werden sollen, immer komplizierter. Zudem scheinen die von einer Entscheidung Betroffenen immer weniger aus homogenen sozialen Gruppen zu kommen. Schließlich fällt es immer schwerer, die Verantwortung für getroffene politische Entscheidungen eindeutig den klassischen Institutionen („Regierung") zuzuordnen, sei es, weil sie in einem Netzwerk vielfältiger AkteurInnen und Vetospieler zustande kamen („Governance"), sei es, weil die Entscheidung von einer übergeordneten politischen Ebene (EU) veranlasst wurde. Vielfalt, Multiplizität, Komplexität – das sind die Stichworte, unter denen sich Politikwissenschaft und Gender-Forschung mit diesen Fragen befassen.

In diesem Beitrag möchte ich das Phänomen der Komplexität genauer untersuchen. In fünf Schritten gehe ich vor: Erstens ziehe ich ausgewählte Texte der neueren Regierungsforschung heran, um zu sehen, wie hier Fragen des Regierens in einer sich pluralisierenden Welt angesprochen werden. Zweitens wende ich mich jenen Ansätzen der Gender Studies zu, die sich mit kultureller Vielfalt, Diversität und Intersektionalität befassen. Nach meiner Beobachtung findet das Wort „komplex" in beiden Strömungen zunehmend Verwendung. So stellt sich die Frage: Ist der Begriff komplex nur nebenbei eingestreut, oder handelt es sich um ein Signal, das eine tiefer gehende Verschiebung im Denken anzeigt? Im dritten Schritt frage ich anknüpfend an Foucaults Analytik der Gouvernementalität genealogisch rückblickend nach der wissenschaftlichen Herkunft unserer gegenwärtigen Vorstellungen komplexen Regierens. Wann taucht das Problem des Regierens von Vielfalt historisch auf? Und welche Folgen hat es, wenn wir heute Anforderungen an gutes Regieren und Selbstregieren nicht nur in einer ökonomischen Logik (vgl. Wöhl in diesem Band) sondern zugleich in den naturwissenschaftlich-technischen Begriffen von Statistik, Kybernetik und Systemtheorie formulieren? Viertens spiele ich am Beispiel der Luhmannschen Variante der Systemtheorie die sich abzeichnende Denkverschiebung exemplarisch durch. Fünftens skizziere ich am Schluss die Konsequenzen für eine feministische Regierungsforschung.

Komplexe Systeme. Neuere Tendenzen der Regierungsforschung

Zweifellos gehört das Regieren zu den klassischen Themen der Politikwissenschaft, dennoch war eine eigenständige Regierungslehre lange umstritten (kritisch Hennis 1965). Wer regiert wie, und wer kontrolliert die Regierung? Wie formieren sich Meinungen und Interessen, und wie nehmen die BürgerInnen Einfluss auf politische Entscheidungen? Das sind Fragen, die sich der Regierungsforschung heute stellen. Dass seit Gründung der BRD das Regieren anspruchsvoller, komplizierter und zeitaufwendiger geworden ist, wird allgemein gesehen, aber erst in letzter Zeit wird dies vermehrt unter dem Stichwort *Komplexität* diskutiert.

Ziehen wir einige neuere Einführungen heran. Unter „Regierung" werden hier die Verfassungsorgane der Exekutive (RegierungschefIn, Kabinett), im weiteren Sinne auch die Tätigkeiten des Regierens (Steuern, Leiten, Entscheiden) verstanden, die zur Durchsetzung von Politik notwendig sind (Korte/Fröhlich 2006², 14-15). Was ist demnach „gutes Regieren"? Laut Korte/Fröhlich (2006², 339) hängt die Qualität der Regierung vor allem davon ab, ob die politischen Institutionen und Verfahren in der Lage sind, für ein konkretes Problem in knapper Zeit eine Lösung zu finden, die auf Dauer Anerkennung findet. „Gutes Regieren" wird hier also gleichgesetzt mit „effektiver Steuerung" sowie einer erfolgreichen Stabilisierung des politischen Systems. Ganz ähnlich liegt weiteren Einführungen zum politischen System der BRD inzwischen recht selbstverständlich ein systemtheoretischer Erklärungsansatz zugrunde (Hesse/Ellwein 2004⁹, Bd. 1, 1-5; Rudzio 2000⁵). Korte selbst (2009⁶, 75-76) geht davon aus, dass die deutsche Politikwissenschaft in den 1970er Jahren mit einem „systemtheoretischen Paradigmenwechsel" auf einen zunehmend „komplexeren Staatsapparat" reagierte; in den 1980er und 90er Jahren habe man dann die abstrakten Modelle des frühen Systemfunktionalismus (Parsons; Easton) überwunden, die Analysen des Regierens stärker an Sinnfragen herangeführt sowie im Zeichen einer neuen Systemtheorie (Luhmann) nach Wegen zur „Reduktion von Komplexität" gefragt. Parallel sei das Interesse gewachsen, neben den formalen Institutionen (Regierung, Verwaltung), die informelle Kommunikation in Netzwerken, die Techniken des „Politikmanagement" sowie die „weicheren" Verfahren der Kompromissbildung (Verhandeln, Moderieren, Koordinieren) als neue Formen des Regierens („Governance") zu thematisieren. Weil man so beim Regieren auf „immer neue und immer mehr Mitspieler" aufmerksam werde (Korte 2009⁶, 75-76), registriere man einen zunehmenden Bedeutungsverlust für klassische Institutionen (Parlament), ja, einen „Souveränitätsverlust" für das nationale politische System insgesamt. Angesichts der Internationalisierung und zunehmenden Komplexität wird dies aber als unvermeidlich betrachtet. Die Frage, ob die Komplexität etwas ist, das faktisch gegeben ist, oder ob die systemtheoretische Perspektive erst die Entdeckung komplexer Phänomene ermöglicht oder gar erzwingt, bleibt offen.

Dass mit der Europäisierung die Anforderungen an das Regieren weiter wachsen, wird übereinstimmend festgestellt (Hesse/Ellwein, Bd. 1, 403-405; Marschall 2007, 241-261; Korte 2009⁶, 89-91). Wie lassen sich unter den Bedingungen von Euro-

päisierung und Internationalisierung Prozesse der Meinungsbildung organisieren und Entscheidungen verbindlich durchsetzen? Sind dabei überhaupt noch eine breite Partizipation der Bevölkerung sowie die demokratische Legitimation von politischen Entscheidungen möglich? So lauten die Fragen, sobald man über die nationalstaatliche Ebene hinaus denkt. Wie die „fortschreitende Ausdifferenzierung der Gesellschaft" sowie die immer dominanter werdenden „intergouvernementalen Regeln" und „Entscheidungsverfahren" auf europäischer Ebene zu „komplexen Herausforderungen" nationalen Regierens werden, zeigt exemplarisch die „systemintegrierende Einführung" von Frank Pilz und Heike Ortwein (2008[4], 7-12, 190-197). Auf welche Weise sich die Bedeutung des Regierungsbegriffs derzeit weitet und verschiebt, wird noch deutlicher, wenn das „Regieren in Europa" (Scharpf 1999, 23-35, 167-170) zum Thema wird und damit die „Effizienz" politischer Entscheidungsprozesse im europäischen Mehrebenensystem mit seiner „komplexen" und dynamischen Infrastruktur und seinen europaweit agierenden „Expertendiskursen" und „pluralistischen Netzwerken".

Folgen wir Arthur Benz (2004a), dann ist es fraglich, ob wir politische Gebilde, wie das der EU, überhaupt noch am gewohnten Maßstab repräsentativer Demokratie messen sollten; systemtheoretisch gesprochen handle es sich um ein „komplexes" dynamisches „Regelsystem", in dem klassische Institutionen der parlamentarischen Demokratie mit neuen, nicht-hierarchischen „Modi des Regierens" zusammenwirken. Entsprechend ist auch sein inzwischen einflussreicher Governance-Begriff sichtlich kybernetisch und systemtheoretisch eingefärbt (vgl. Kerchner/Schneider, Einleitung in diesem Band). Regieren, das bedeutet hier: Das „Management von Interdependenzen" zwischen privaten und öffentlichen (in der Regel kollektiven) AkteurInnen, zwischen einem komplexen politischen „Regelsystem" und anderen Funktionssystemen der Gesellschaft (Benz 2004a, 25) Damit treten die verfassungsrechtlich definierten Institutionen und Verfahren der Regierung („Government") in den Hintergrund. Genauer besehen werden aber auch die neuen Formen des Regierens nicht mehr in juridische Begriffe gefasst. Zum zentralen Gesichtspunkt wird vielmehr der Modus der Interaktion und Kommunikation. Entsprechend klassifiziert Benz (2004a, 21-26) die neuen Formen des Regierens („*G*overnance"): Von der eher noch rechtlich aufzufassenden „Hierarchie" grenzen sich Argumentation, Verhandlung und Kooperation als kommunikative Modi ab. So rücken Fragen des Zugangs zu Netzwerken sowie der kommunikativen Interaktion in Verhandlungssystemen ins Zentrum.

Dass die Beobachtung von Komplexität in der neueren Regierungsforschung zunehmend mit systemtheoretischen Prämissen einhergeht, bestätigt sich, wenn wir noch einen Schritt weiter gehen und Einführungen heranziehen, die die politische Ordnung in Deutschland unter Einfluss der Globalisierung sehen (Robert 2007[4]c). In mehreren Dimensionen wird hier Komplexität zum Thema: Erstens wird die politische Ordnung der Bundesrepublik selbst dezidiert als „System" betrachtet, dessen „Innenwelt" „vielfach durch Komplexität gekennzeichnet" sei; zweitens wird, um

die Einflüsse der Weltgesellschaft beschreiben zu können, die nationale Ordnung als „offenes System" aufgefasst, das mit einer „Vielheit" und „Pluralität" weiterer „offener Systeme" interagiere; drittens wird die Globalisierung ihrerseits als „beschleunigte weltweite Vernetzung von Märkten, Unternehmen, Staaten und Personen" definiert, im Sinne von Beck (1997) auch als „multiple, nicht ortsgebundene Vielheit von sozialen Kreisen und Kommunikationsnetzwerken" (Robert 2007[4]a, 11-12, 9-24). Wie sich „quer" zu den bestehen politischen Institutionen international vernetzte, weltweit operierende AkteurInnen (NGOs, transnationale Konzerne) in einzelnen Politikfeldern (Menschenrechte/Frauenrechte, Umwelt) etablieren, um die nationalstaatliche Rechtsordnung zu übergreifen und sich in die global stattfindenden Entscheidungsprozesse einzuschalten (Thränhardt 2007[4]), wird schließlich ebenfalls zu einem wichtigen Thema.

Vielfalt als Komplexität? Neuere Tendenzen der Gender-Forschung

Innerhalb der Geschlechterforschung thematisiert zunächst die meist normativ argumentierende feministische Demokratietheorie das Spannungsverhältnis von „kultureller Vielfalt und demokratischer Gleichheit" im „Zeitalter der Globalisierung" und fragt von daher nach neuen Mitwirkungsmöglichkeiten und „plurikulturellen Regierungsformen" (Benhabib 1999, 17; 2008). Bei der kulturellen Identität von Gruppen und Kollektiven soll es dabei aber gerade nicht im nationalistisch-chauvinistischen Sinne auf eine gemeinsame soziale Herkunft, Sprache oder Geschichte ankommen. Vielmehr wird kulturelle Vielfalt hier als ein historisch sich diskontinuierlich entwickelnder, von Brüchen durchzogener Prozess gefasst, bei dem die Grenzen der Selbst- und Fremdzuschreibung stets problematisch bleiben und immer wieder neu begründet werden (Benhabib 1999, 13-32). So werden auf der Suche nach geeigneten Politikformen die Modelle der „diskursiven" oder „deliberativen Demokratie" relevant (Bongert 1995; Holland-Cunz 1998, 157-179; 2004; Mouffe 2007). Exemplarisch diskutiert Iris Marion Young (1993, bes. 286, 290), wie sich „Partikularität" und „Gruppendifferenz" in die bestehenden „Prozeduren" repräsentativer Demokratie einführen ließen und erweiterte Kommunikationsregeln bei der politischen „Entscheidungsfindung", also beim Regieren in einem weiteren Sinne, zum Tragen kommen könnten. Unter dem Titel „Intersecting voices" publiziert sie eine Essaysammlung (Young 1997) mit dem Ziel, „communication across difference" neu zu denken und die Diskursethik weiter zu entwickeln. Beim Versuch, über soziale Gruppen (class, gender, sexuality, race, age, ethnicity) zu sprechen, ohne die einen einzuschließen und die anderen auszugrenzen, sollen in einer zu schaffenden „communicative democracy", neben dem rationalen Argument als klassischem Element verständigungsorientierter Kommunikation, „greeting", „rhetoric" und „storytelling" als legitime Kommunikationsformen anerkannt werden und so in politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen die „differences of culture" stärker als bisher zum Ausdruck kommen können (Young 1997, 3-37, 52-53, 60-74).

Auch wenn in der feministischen Demokratietheorie das Wort *komplex* durchaus vorkommt (etwa Benhabib 1999, 28, 31, 47, 109-111), so wird das Phänomen der Komplexität doch eigentlich erst in den programmatischen Texten der neueren Intersektionalitätsforschung entfaltet. Allgemein wird hier das Ziel formuliert, genauer zu erkunden, wie bei der (Selbst-)Definition und Repräsentation von in sich heterogenen Gruppen kulturelle, politische und gesellschaftliche Einflüsse (Faktoren) sich überschneiden und zusammenwirken (ausführlich Kerchner 2010b). „Mapping the Margins" (1991) – unter diesem Titel legt die amerikanische Juristin Kimberlé W. Crenshaw Anfang der 1990er Jahre Studien vor, in denen die vielfältigen Diskriminierungserfahrungen von „women of color" auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt sowie in Fällen häuslicher Gewalt exemplarisch zum Thema gemacht werden. Indem Crenshaw (1991) zwischen „repräsentativer", „struktureller" und „politischer Intersektionalität" unterscheidet, öffnet sie einen Weg, die sich kreuzenden Linien von Ungleichheit und Diskriminierung (race, gender, class) in ihren qualitativen Auswirkungen zu sehen und so die weitere Forschung anzustoßen (vgl. Hardmeier/Vinz 2007). Crenshaw selbst benutzt den Begriff „complex" mehrfach. So wird am Beispiel der Vergewaltigung eine Konstellation beschrieben, in der es zu einer „komplexen" Überlappung verschiedener „Systeme" der Über- und Unterordnung („systems of race, gender, and class domination" bzw. „subordination") sowie der sozialen Positionszuweisung („complex system of racial-sexual stratification") auf dem Feld des Kriminalrechts („criminal justice system") kommt (Crenshaw 1991, 1246ff). Auf diese Weise kann das Zusammenwirken kultureller, sozialer und politischer Formen von Über-, Unter- und Zuordnung am Ende als ein komplexes System der Überschneidung („complex intersection") beschrieben werden, bei dem sich in der Erfahrung von „women of color" ein „gendered sexual system", ein „racial (categorization) system" sowie das Klassensystem miteinander verschränken.

Dass sich in der Intersektionalitätsforschung das Wort „complex" in auffälliger Weise häuft und zugleich einhergeht mit weiterem systemtheoretischen Vokabular, ließe sich an vielen Texten zeigen. Race, class, gender und sexuality „intersect as ‚social systems' " (Browne/Misra 2003, 492), so scheint hier die Gewissheit zu lauten. Am Beispiel der europäischen Antidiskriminierungspolitik macht Mieke Verloo (2006, 215) diese Sicht fruchtbar; nur noch mit „komplexen Methoden" seien hier die sich mehrfach überkreuzenden „Systeme" von Identität und Unterdrückung und damit die „Komplexität multipler Ungleichheiten" (gender, race/ethnicity, age, religion, disability, sexuality) zu durchschauen. Auf der Suche nach geeigneten Formen „politischer Intersektionalität" plädiert Verloo (2006, 223-24) dafür, neben herkömmlichen Politikformen diskursive Arenen zu nutzen und die Governance-Struktur der EU zu stärken. So sollen am Ende die absehbaren identitätspolitischen Kämpfe fair ausgetragen werden können. Exemplarisch geht hier also ein systemtheoretisch eingebundener Begriff von Komplexität mit einer Befürwortung des Governance-Konzepts einher.

„The complexity of intersectionality" – unter diesem Titel spitzt Leslie McCall (2005) in ihrem einflussreichen Aufsatz die Fragen von Vielfalt und Diversität schließlich ganz auf den Gesichtspunkt der Komplexität zu. Zum einen ordnet sie die bisherigen Studien der Intersektionalitätsforschung danach, wie sie mit dem Problem der „Komplexität" umgehen (anti-kategorial; intra-kategorial); zum anderen verfolgt sie selbst einen „categorical approach", der die postmoderne Kritik an einer unreflektierten Kategorienbildung aufnimmt und die Standards der quantitativen empirischen Sozialforschung entsprechend überprüft. Ziel ist es, der „Komplexität" sich überschneidender Einflussfaktoren auf Feldern wie dem der Lohnpolitik mit Hilfe innovativer statistischer Verfahren gerecht zu werden. In einer rein statistischen Logik formuliert McCall auch ihr Verständnis von Intersektionalität: „To study intersectionality", das bedeute, jene Komplexität zu „managen" („to manage"), die sich abzeichne, wenn „multiple dimensions of social life" und „categories of analysis" (hier: gender, class, region) in ein Forschungsdesign einbezogen werden sollen und dadurch das Subjekt als Gegenstand der Analyse ins Unermessliche zu expandieren drohe (McCall 2005, bes. 1772-1773).

Wie die statistische Variante der Intersektionalitätsforschung über etablierte Gender-Mainstreaming-Konzepte in die Politikberatung einfließen kann, zeigt exemplarisch die „Sammlung" von Best-Practice-Beispielen, die das Europäische Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie in Graz jüngst der Öffentlichkeit vorstellte (Bauer/Stocker 2008). Zunächst werden für das Feld des Arbeitsmarktes mögliche Diskriminierungsgründe (Alter, Behinderung, Migration, Geschlecht, sexuelle Orientierung, sozialer Status) sowie Beispiele erfolgreicher Gegenmaßnahmen in öffentlichen und halböffentlichen Stellen, NGOs und Unternehmensnetzwerken zusammengetragen; dann werden sowohl die Diskriminierungsgründe als auch die Gegenmaßnahmen im Hinblick auf ihre „Effizienz" statistisch gewichtet. Im Ergebnis kommt es zu „Empfehlungen", die sich wiederum an private AkteurInnen (Unternehmen, NGOs) und „politische Entscheidungsträger/innen" verschiedener Länder richten. Demnach erweisen sich – neben Forschung und Schulung/Training – „Kooperationen/Netzwerke" als die effizienteste Strategie, um Mehrfachdiskriminierung vorzubeugen und Feindschaft gegenüber Alten und Behinderten sowie Rassismus und Sexismus aktiv zu bekämpfen (Bauer/Stocker 2008, 18-19). So gesehen wären die Governance-Modi Vernetzung und Kooperation nicht nur neue Formen des Regierens, sondern auch der effizienteste Weg, um die bisherigen konfliktreichen politischen Kämpfe um universell geltende Menschenrechte abzulösen.

Aber welche Folgen hat es, wenn wir beginnen, kulturelle Vielfalt unter dem Gesichtspunkt mehrfacher Diskriminierung zu sehen und dabei die Vielfalt selbst als – systemtheoretisch und/oder statistisch zu fassende – Komplexität begreifen?

Genealogie der Komplexität. Zur Foucaultschen Analytik des Regierens

Schon früh hat sich Michel Foucault mit den sich wandelnden Formen des Leitens und Führens von Menschen befasst, allerdings wird erst mit der Vorlesungsreihe zur „Geschichte der Gouvernementalität“ (2006) seine historisch zurückgehende Analytik des Regierens ausdrücklich zum Programm. International von den Governmentality Studies aufgegriffen (Barry/Osborne/Rose 1996; Bröckling/Krasmann/Lemke 2000; Larner/Walters 2004) hat dieses Programm inzwischen auch Eingang in die feministische Forschung gefunden (vgl. Wöhl in diesem Band). Wann taucht die Thematik des Regierens historisch auf? Und wie entfaltet sich in verschiedenen Phasen das Zusammenspiel der wissenschaftlichen Logiken Recht und Ökonomie? Das sind die Fragen, die sich anknüpfend an Foucault in der Regel stellen.

Offenbar ist es sinnvoll, bei der Suche nach dem Auftauchen unserer modernen Reflexionen über das Regieren in die Mitte des 16. Jahrhunderts zurück zu gehen. Laut Foucault wird in dieser Zeit im westlichen Europa das Problem des Regierens unter vielfältigen Aspekten thematisiert: Das antike Topos des Regierens seiner selbst wird reaktualisiert, man fragt nach der Regierung der Seelen und der Lebensführung, es taucht das Problem auf, die Dinge und Menschen in ihren Beziehungen zueinander neu zu sehen und somit die Kinder, die Frauen und die Alten auf neue Weise zu regieren, schließlich stellt sich die Frage nach der Regierung der Staaten durch die Fürsten. Wie regiert werden, durch wen, bis zu welchem Punkt? An diesen Fragen, so Foucault, explodiere eine Literatur, die sich zunächst bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, dann im 19. und 20. Jahrhundert ausdehne und dabei ihr Thema, ihre Gegenstände und ihre Verfahren präzisiere und modifiziere. Genau diese immense Literatur sieht Foucault (Bd. I 2006, 134-172) sich näher an. Im Ergebnis werden zwei Rationalitäten des Regierens (Staatsräson; Liberalismus*)* sichtbar, in denen sich zu unterschiedlichen Zeiten wiederum zwei verschiedene wissenschaftliche Logiken (Recht, Ökonomie) auf unterschiedliche Weise zu Wort melden.

Statt das Foucaultsche Programm und dessen Ergebnisse erneut zu rekapitulieren (vgl. Kerchner 2006; 2010a; sowie die Einleitung von Kerchner/Schneider in diesem Band), möchte ich im Folgenden die genealogische Analytik Foucaults fruchtbar machen, um unsere gegenwärtigen Vorstellungen von Vielfalt und Komplexität zu erhellen. Dabei sind die oben skizzierten Beobachtungen zur neueren Regierungsforschung sowie zur Intersektionalitätsforschung Anlass, in zwei Punkten einzuhaken: Erstens*:* Wann taucht die politische Statistik als Technik des Regierens einer vielfältigen Bevölkerung historisch auf und wie wirkt sie bis heute? Zweitens*:* Wie etabliert sich historisch die Systemtheorie als wissenschaftliche Logik, und welche Folgen könnte es haben, wenn sich systemtheoretisch geprägte Begriffe wie Komplexität heute in unsere (feministischen) Reflexionen über das Regieren einschreiben?

Wie sich in der Gouvernementalitätsgeschichte die politische Statistik zu einer zentralen Technik des Regierens entwickelt, hat Foucault ausführlich nachgezeichnet. Demnach lassen sich drei Phasen erkennen:

1. Im Übergang zur Moderne scheint man sich zunächst bei der Reflexion über das Regieren nur vage für vielfältige, bewegliche Multiplizitäten zu interessieren (Foucault Bd. I 2006, 13-133). An einem Text aus der Mitte des 17. Jahrhunderts zeigt Foucault (Bd. I 2006, 29-40) dann, wie die Frage nach der Notwendigkeit einer Hauptstadt den Autor dazu führt, „Multiplizitäten" in einer räumlichen Anordnung so darzustellen, dass eine überwachende und disziplinierende Sicht möglich wird. Offenbar dient im Disziplinarmechanismus des frühneuzeitlichen Verwaltungsstaates die statistische Erfassung (Wachstum der zirkulierenden Güter; Bevölkerungsrate) dazu, die „Kraft" und Stärke des eigenen Staates zu dokumentieren, den ökonomischen und moralischen Fortschritt im internationalen Vergleich zu betonen sowie auf mögliche innere (Kriminalitätsrate) und äußere Gefahren für die Stabilität der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft hinzuweisen. Mit dem Wissen der politischen Arithmetik wird in der frühen „Staatsräson" die Bevölkerung also erstmals als quantitativ messbarer „Komplex von Menschen und Dingen" greifbar (Foucault Bd. I 2006, 13-133 sowie 147, 162-163, 454ff.).
2. Zwar verfolgt auch der klassische Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts das Ziel einer demographischen und ökonomischen Stärkung des Staates im internationalen Wettbewerb. Genauer besehen interessiert sich die liberale Regierung aber eher für die Bevölkerung als eine „Multiplizität von Individuen", die sie in ihrer biologischen Existenz, in ihrer „Materialität" zu erreichen sucht (Foucault Bd. I 2006, 41; Bd. II 2006, 13-80).
3. Im Neoliberalismus des 20. Jahrhunderts wird die Statistik schließlich zur entscheidenden Technik der „Selbstregierung". Wie können sich die Menschen in allen Bereichen des Lebens nach dem ökonomischen Gesichtspunkt der Effizienz selbst regieren? Laut Foucault (Bd. II 2006, 352-361) ist es diese Ausgangsfrage, die Texte wie die des amerikanischen Ökonomen Gary S. Becker (etwa 1968) durchzieht. Demnach ermöglicht es die Statistik, die Risiken des Lebens (Krankheit, Kriminalität) vorab zu gewichten (Alter, Geschlecht) und rechnerisch zu kalkulieren, um als homo oeconomicus und „Unternehmer seiner selbst" in Situationen, in denen die Zukunft ungewiss ist, rational zwischen verschiedenen Handlungsoptionen entscheiden zu können. Zudem ist es aber auch die Statistik, die es ermöglicht, die fehlende Leistungsfähigkeit des Staates quantifizierend nachzuweisen, diesen von bisherigen Zuständigkeiten zu entlasten und schließlich die gesamte Bevölkerung differenziert zu erfassen und zu aktivieren (Foucault Bd. I 2006, 17-24).

Komplexität und Demokratie. Zur Logik der soziologischen Systemtheorie

Vielleicht muss man vorab daran erinnern, dass Foucault als „Historiker der Denksysteme" selbst kein direkter Gegner des Systemdenkens gewesen sein kann. In der „Ordnung der Dinge" (Foucault 1974) zeichnet er minutiös nach, wie Naturgeschichte/Biologie, Sprachwissenschaft und (politische) Ökonomie als moderne

Wissenschaften entstehen, indem sie übergreifend eine neue abstrakte Idee des „Systems" hervorbringen. Ob wir dem im Einzelnen folgen wollen, bleibt uns überlassen. Berufen wir uns allerdings auf Foucault, dann käme es, statt Systemtheorien pauschal abzulehnen, darauf an, den stets begrenzten wissenschaftlichen Geltungsbereich der verschiedenen Varianten (Soziologie, Politik) zu benennen und die jeweiligen theoretischen Denkprämissen kenntlich zu machen. Am Beispiel der Luhmannschen Systemtheorie lässt sich im Folgenden kurz andeuten, worum es bei dieser Art von Analytik geht und welche Sicht sich damit auf Komplexität eröffnet.

Wird im Übergang zur Neuzeit das alte erkenntnistheoretische Problem des Ganzen und seiner Teile neu durchdacht und in die Begriffe von System und Struktur überführt (Foucault 1974), so ist es schließlich die Mathematik, die die abstrakteste Definition von System formuliert: Demnach ist ein *System* eine abgrenzbare Menge von Einheiten, deren geregelte Beziehungen untereinander sich neutral beschreiben und analysieren lassen. Als *Struktur* gilt dann jenes innere Ordnungsmuster, das die Beziehungen zwischen den Einheiten eines Systems erfasst und regelt: Erst bei der beobachtenden Analyse kann diese innere Struktur des Systems, also die innere Systematik, erkennbar werden. Diese abstrakten naturwissenschaftlichen Begriffe von System und Struktur werden nun im Übergang zum 20. Jahrhundert von zahlreichen wissenschaftlichen Disziplinen aufgegriffen, so auch von der Soziologie (Parsons) oder der politischen Kybernetik (Deutsch). Schließlich ist es David Easton (1978), der einen einflussreichen Begriff des politischen Systems formuliert.[2] Daran anknüpfend beginnt sich, oft ohne die systemtheoretischen Prämissen wortgetreu zu übernehmen (Czerwick 2001; Lange 2007), international ein soziologisch beeinflusster Systembegriff in der Politikwissenschaft durchzusetzen.

In Deutschland erhält die soziologische Systemtheorie durch Niklas Luhmann (1969; 2002) wichtige Impulse (Reese-Schäfer 2000; Czerwick 2001; Lange 2007). Als gesellschaftliches Funktionssystem behandelt Luhmann die Politik in einer frühen (1969), dann wiederum in einer späten, posthum erscheinenden Studie (2002). Stets macht er auf die „radikale Uminterpretation" (Luhmann 1969, 314) aufmerksam, die mit seiner Art des Systemdenkens einhergeht und unseren gewohnten, als „alteuropäisch" bezeichneten Vorstellungen zuwiderläuft. Diese bewusst in Gang gesetzte Verschiebung im Denken erfasst die Begriffe System, Mensch, Demokratie und Regierung/Regieren.

Folgen wir Luhmann (1969), so ist es zunächst notwendig, sich vom „alteuropäischen" Modell des Systems zu verabschieden, das die Welt als ein geordnetes Ganzes betrachtet hatte, das aus klar unterscheidbaren, in einer sinnvollen Beziehung zueinander stehenden Teilen besteht. Statt an diesem „Schema vom Ganzen und Teil" festzuhalten, gelte es, sich das „Schema von System und Welt" zu Eigen zu machen. In diesem neueren Verständnis entstehen Systeme als „Selektionen"; d. h. ihnen liegt stets eine Entscheidungssituation zugrunde, wobei darüber entschieden wird, in welcher Hinsicht Objekte als relevant angesehen werden. So gesehen entsteht auch das politische Funktionssystem in einer Situation, in der in einer unbestimmten, komplexen Um-

welt praktisch wählbare Entscheidungen getroffen werden (Luhmann 1969, 316-317). Wurde in der alteuropäischen Tradition der *Mensch* – meist gedacht als Mann – als Teil eines geordneten Ganzen betrachtet und in der klassischen Demokratietheorie über die Form seiner politischen Beteiligung nachgedacht, so interessiert die neuere Systemtheorie der Mensch allenfalls in seiner Funktion als BeobachterIn. Indem der Mensch, motiviert durch seine Interessen und Werte, mittels Information von außen die kommunikativen Routinen im System „stört", kann er zugleich als „problematische Umwelt" des Systems aufgefasst werden. So gesehen zählt in der neueren Systemtheorie der Mensch nicht länger als Individuum und „Ganzheit eigner Identität", sondern entweder als „problematische Umwelt des sozialen Systems" oder, sobald er selbst Gegenstand systemtheoretischen Denkens wird, als „personales System" (Luhmann 1969, 315-316). Diese Vorstellung, die in der Literatur vielfach berechtigte Kritik auf sich gezogen hat (aus feministischer Sicht Teubner 2001), wird zumindest verständlich, sobald wir uns vergegenwärtigen, dass sich die neuere Systemtheorie hier am technischen Modell des Kommunikationsprozesses orientiert. Entsprechend interessiert sich die Luhmannsche Systemtheorie auch nicht für die Ideen und Handlungen lebendiger Menschen. Vielmehr richtet sie ihre Aufmerksamkeit auf Interaktionen und selektive Sinnstrukturen als unterschiedliche Formen von Kommunikation. Zugespitzt gesagt werden soziale und politische Systeme überhaupt erst sichtbar aus der Beobachtung der je spezifischen Art und Weise kommunikativer Interaktion.

All das hat Auswirkungen auf das Verständnis von Demokratie. Sind wir in der normativen Denktradition gewohnt, Demokratie als eine spezifische Herrschaftsform zu betrachten, die die Partizipation möglichst breiter Schichten der Bevölkerung ermöglicht und rechtlich definierte Institutionen und Verfahren für bindende Entscheidungen bereit stellt, so schlägt Luhmann (1969, 318-325; 2002) vor, Demokratie „funktional" zu definieren, und zwar im Hinblick darauf, welche Möglichkeiten sie eröffnet, mit dem Problem der Komplexität umzugehen. Angesichts zunehmender Umweltkomplexität und hochkomplexer Sachfragen stehe die Politik als Teilsystem der Gesellschaft vor zwei einander ergänzenden Aufgaben: Erstens gelte es, die aus der Umwelt kommende Komplexität durch angemessene Entscheidungen zeitnah zu verarbeiten und zu reduzieren; zweitens komme es darauf an, einen möglichst weiten Bereich für immer neue Entscheidungsvarianten offen zu halten (Luhmann 1969, 318-325; vgl. Reese-Schäfer 2000). Nicht durch „vorbehaltlose öffentliche Diskussion" oder vermehrte Transparenz, sondern indem die „Strukturen und Prozesse der Politik" selbst eine „höhere Ebene der Komplexität" erreichen, zeichnet sich aus der Sicht Luhmanns (1969, 318, 324-325) am Ende das gelungene Modell einer komplexen Demokratie aus (kritisch Naschold 1968).

Mit dieser „Neudefinition" von Demokratie kommt die Theorie selbstreferentieller Systeme auch zu einer Neubetrachtung des Regierens: Zunächst zeigt Luhmann, wie sich aus dem historisch älteren Gegensatz Macht haben/der Macht unterworfen sein der jüngere Gegensatz von Regierung und Opposition entwickelt und auf welche Weise dieser Gegensatz zum alles durchwirkenden binären Code des Politischen

wird (2002, 88-102). Dann empfiehlt er, Demokratie nicht länger euphemistisch als Herrschaft des Volkes zu verstehen, sondern eher pragmatisch „als Austauschverhältnis von Regierung und Opposition". Folglich gehe es auch bei der politischen Wahl weniger um Fragen der Partizipation, sondern allenfalls um die „Zweitcodierung politischer Amtsmacht" (Luhmann 2002, 103). Mit Entscheidungen im Prozess des Regierens Umweltkomplexität zu reduzieren und zugleich durch das Offenhalten von Entscheidungsmöglichkeiten Komplexität zu erhalten, diese zweifache Anforderung wird schließlich auch zum Kriterium für die Rationalität, Menschlichkeit und Vernunft eines als „demokratisch" aufgefassten politischen Systems (Luhmann 1969, 319-320).

Konsequenzen für eine feministische Regierungsforschung

Auch wenn der Einfluss der Systemtheorie von ihren eigenen VertreterInnen eher gering geschätzt oder allenfalls eine oberflächliche Übernahme des Vokabulars gesehen wird (Czerwick 2001; Lange 2007), so scheint in neueren Einführungen der Politikwissenschaft zunehmend das erklärte Ziel formuliert zu werden, Politik als System zu beschreiben und das Regieren unter den Bedingungen von Europäisierung und Globalisierung mehr oder weniger systemtheoretisch zu fassen. Gleichzeitig fällt der Blick auf neue Formen des Regierens („Governance") in „komplexen Regelsystemen" (Benz 2004b), wobei diese nach dem jeweiligen Modus der Interaktion und Kommunikation unterschieden werden. Damit rückt die neuere Regierungsforschung – neben dem ökonomischen Gesichtspunkt der Effizienz – faktisch Vorstellungsbilder und Elemente einer systemtheoretisch informierten Interaktions- und Kommunikationstheorie ins Zentrum. Zum offenen Problem wird die demokratische Legitimation von Entscheidungen, die in kommunikativen Netzwerken und Verhandlungssystemen getroffen werden.

Währenddessen fragt die zumeist normativ orientierte feministische Demokratietheorie nach neuen Möglichkeiten der Mitwirkung und des Regierens angesichts kultureller Vielfalt im Zeitalter der Globalisierung. Statt diesen Begriff der Vielfalt zu übernehmen, verwendet die neuere Intersektionalitätsforschung allerdings auffällig häufig den Begriff Komplexität und umgibt diesen, um die kulturelle, soziale und politische (Geschlechter-)Ordnung zu beschreiben, mit weiterem systemtheoretischen Vokabular – dies allerdings, ohne die wissenschaftliche Herkunft der verwendeten Begriffe angemessen zu reflektieren. Dieser lockere Umgang mit dem Wort „komplex" wird brisant, sobald man das gleichzeitige Interesse der neueren Regierungsforschung an einer systemtheoretisch verstandenen Komplexität bedenkt.

Zur Analyse der wissenschaftlichen Herkunft von Komplexität eignet sich Foucaults „Analytik der Gouvernementalität". Die Tendenz der internationalen Governmentality Studies, ökonomische Logiken aktuellen Regierens herauszuarbeiten und diese als „neoliberal" zu kritisieren, hat bislang auch die daran anknüpfende Gender-Forschung geprägt (vgl. Wöhl in diesem Band). Darüber hinaus zeigen unsere genealogischen Recherchen: Offenbar ist mit dem Schlagwort „Ökonomisierung der Politik" nicht alles gesagt. Vielmehr gilt es über Foucault hinausgehend zu erfassen,

auf welche Weise die bekannten juridischen und ökonomischen Logiken des Regierens sich mit weiteren wissenschaftlichen (Kybernetik, Systemtheorie) Logiken verschränken und in das Regieren der Gegenwart einschreiben.

Bekanntlich wurde die Systemtheorie bislang als wenig anschlussfähig für die feministische Forschung betrachtet (Luhmann 1988; Teubner 2001). Der gehäufte Rekurs auf Komplexität und das ausgiebige Spiel mit weiterem systemtheoretischen Vokabular in der Intersektionalitätsforschung einerseits sowie der systemtheoretische „Paradigmenwechsel" (Korte 2009[6], 75-76) in der neueren Regierungsforschung andererseits signalisieren: Für eine feministische Regierungsforschung scheint es an der Zeit, sich mit der Systemtheorie eingehender zu befassen, und dies gerade dann, wenn man sich manchen ihrer Prämissen nicht anschließen will.

Was heißt nun aus Sicht der neueren soziologischen Systemtheorie *Komplexität*? Als Systemeigenschaft verweist Komplexität zunächst auf Art, Stärke, Zahl und Dichte der Wechselbeziehungen in einer Interaktions-, Kommunikations- und Entscheidungssituation. *Regieren* unter den Bedingungen von Komplexität, das wäre dann: Entscheiden in einer schwer durchschaubaren Situation, in der die Gesamtheit der stattfindenden kommunikativen Wechselbeziehungen und äußeren Einflüsse kaum noch oder nicht mehr erfassbar (oder messbar) ist.

Wie könnte sich mit einem solchen Begriff von Komplexität unser gewohntes Verständnis von Demokratie verschieben? Werden derzeit in der zumeist normativen feministischen Demokratietheorie unter den Bedingungen fragmentierter Lebenswelten und kultureller Vielfalt neue Entscheidungsregeln und Beteiligungsformen gesucht (Young; Benhabib) und dabei u.a. deliberative Verständigungsformen ins Auge gefasst, so wird die Demokratie selbst doch nach wie vor als eine Herrschaftsform betrachtet, die verfassungsrechtlich definierte Institutionen und Verfahren für bindende Entscheidungen bereit stellt. Dagegen geht die neuere Systemtheorie von einer sich zunehmend ausdifferenzierenden und komplexer werdenden Gesellschaft als evolutionärer Tatsache aus. Demnach wird das Erleben und Handeln der Menschen zunehmend durch Entscheidungssituationen geprägt, die unendlich offen, strukturell unbestimmt (kontingent) und hoch variabel sind. Von daher steigen auch die Anforderungen an die Entscheidungs- und Steuerungsleistungen des politischen Systems, das sich mit „hochkomplexen" Sachproblemen und einer zunehmend komplexen (Um-)Welt auseinandersetzen muss. Aber in der neueren Systemtheorie geht es gerade nicht um die Mitwirkung von einzelnen oder Gruppen an den zu treffenden Entscheidungen; Partizipation in diesem Sinne wird als wirklichkeitsfremde und „fehlleitende Idee" abgetan, die allenfalls Frustration und Politikverdrossenheit befördere (Luhmann 1969, 318-325; 2002). Statt das Wort komplex unreflektiert zu übernehmen, käme es daher in der feministischen Forschung darauf an, den wissenschaftlichen Hintergrund des Begriffes zu reflektieren und sich bewusst für oder gegen einzelne systemtheoretische Vorstellungen zu entscheiden.

Folgen wir auch hier Foucault, dann lässt sich wie das Systemdenken auch die quantifizierende Statistik nicht pauschal ablehnen, sondern allenfalls in ihren Geltungsgren-

zen und Wirkungsweisen beschreiben. Welche Selektionen und Schematisierungen einer unendlich vielfältigen Wirklichkeit mit quantifizierenden Verfahren stets verbunden sind, hat Foucault (1974) gezeigt, auch die Art und Weise in der die Statistik als verwaltungswissenschaftliche Technik entsteht und in verschiedenen Phasen des Regierens eingesetzt wird (Bd. I-II 2006). Entsprechend können wir heute beobachten, wie diese Technik etwa in einem von der Intersektionalitätsforschung beeinflussten Gender-Mainstreaming-Konzept (Bauer/Stocker 2008) funktioniert: Indem versucht wird, mit statistischen Mitteln die ökonomische Frage nach der „Effizienz" von Politikformen zu beantworten, scheint sich zunächst eine neoliberale Tendenz durchzusetzen. Allerdings sprechen zwei Indizien dafür, dass das von uns exemplarisch herangezogene Grazer Programm darin nicht aufgeht: Erstens thematisieren Bauer/Stocker (2008) mit den Menschenrechten ein Thema, das vor allem juridisch formuliert wird und an der universellen Geltung von Rechten festhält. Zweitens folgen sie implizit einem Good-Governance-Konzept, das parallel zu neoliberalen Regierungsprogrammen einen normativen Standpunkt aufrecht zu erhalten versucht und sich ausdrücklich als kritische Gegenposition zum neoliberalen Zeitgeist versteht (vgl. Kerchner/Schneider, Einleitung in diesem Band). So dient hier am Ende die politische Statistik dazu, den neuen Formen des Regierens (Kooperationen, Netzwerke) zu Gewicht und einer faktischen Existenz zu verhelfen. Zugleich trägt sie dazu bei, den ökonomisch „effizientesten" Weg zur Überwindung vielfältiger Diskriminierungserfahrungen auch als den normativ besten erscheinen zu lassen.

Welche Methoden kommen schließlich für eine feministische Regierungsforschung in Frage? Neben dem Problem der demokratischen Legitimation konzentriert sich die interne Kritik der Governance-Forschung auf Fragen des Zugangs und der Macht. Werden elitäre Zugangsbedingungen sowie die willkürliche Selektion und Kooptation von Betroffenen zu normativ zwar kritisierbaren, aus ökonomischen Effizienzgründen aber dennoch tolerierten Verfahren in Netzwerkstrukturen und Verhandlungsregimen (kritisch Papadopoulos 2004), so gilt es auch in der Geschlechterforschung die Folgen zu bedenken. Sobald sich Regieren und Entscheiden vorwiegend im Modus netzwerkartiger Kommunikation vollzieht, wird sich zudem der feministische Blick stärker auf die Qualität der kommunikativen Prozesse und „Diskurse" in Netzwerkstrukturen richten müssen (so bereits Wichterich 2008, 100). Als Methode können dabei die verschiedenen Varianten der Diskursanalyse (Kerchner/Schneider 2006) genutzt werden, wobei die Foucaultsche Variante die Machtwirkung im Diskurs ausdrücklich thematisiert.

Anmerkungen

1 Luhmann 1988, 51: Kommentar zu Aristoteles, Politik, Erstes Buch, 1259a.

2 Demnach übernimmt die Politik als Teilsystem zwei wichtige Aufgaben für die Gesellschaft: erstens, das eigene Überleben in einer sich wandelnden Umwelt zu sichern und Stabilität zu bewahren; zweitens, auf der Basis gemeinsam geteilter Werte und Normen verbindliche Entscheidungen für die Gesellschaft herzustellen und durchzusetzen (Easton 1978, 57).

Literatur

Aristoteles, (1971) 1981[4]: Politik, übers. u. hg. von O. Gigon, Zürich, München.

Barry, Andrew/**Osborne**, Thomas/**Rose**, Nikolas (Hg.), 1996: Foucault and Political Reason. Liberalism. Neo-liberalism and rationalities of government, London.

Bauer, Veronika/**Stocker**, Alexandra, 2008: Intersektion mit den Schwerpunkten Gender, Alter, Behinderung, Migration, sexuelle Orientierung und sozialer Status. Good Practices-Sammlung – Empfehlungen, ETC Graz, Graz.

Beck, Ulrich, 1997: Was ist Globalisierung? Frankfurt/M.

Becker, Gary S., 1968: "Crime and Punishment: An Economic Approach". Journal of Political Economy, 76. Jg., Nr. 2, 196 - 217.

Benhabib, Seyla, 1999: Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt/M.

Benhabib, Seyla (Hg.), 2008: Kosmopolitismus und Demokratie. Eine Debatte, Frankfurt/M., New York.

Benz, Arthur, 2004a: „Einleitung: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept". In: Ders. (Hg.): Governance, 11-28.

Benz, Arthur (Hg.), 2004b: Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden.

Bongert, Elisabeth, 1995: „Transnationale Demokratie aus feministischer Sicht". In: Erne, Roland u. a. (Hg.): Transnationale Demokratie. Impulse für ein demokratisch verfasstes Europa, Zürich, 60-92.

Bröckling, Ulrich/**Krasmann**, Susanne/**Lemke**, Thomas (Hg.), 2000: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.

Czerwick, Edwin, 2001: „Politik als System. Zum Politikverständnis in Systemtheorien". In: Lietzmann, Hans J., (Hg.): Moderne Politik. Politikverständnisse im 20. Jahrhundert, Opladen, 287-310.

Easton, David, (1965) 1978: „Grundkategorien zur Analyse des Politischen Systems" In: Türk, Klaus (Hg.): Handlungssysteme, Opladen, 258-272.

Foucault, Michel, (1966) 1974: Die Ordnung der Dinge. Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt/M.

Foucault, Michel, (1977-78) u. (1978-79) 2006: Geschichte der Gouvernementalität. Bd. I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Bd. II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France, Frankfurt/M.

Hennis, Wilhelm, 1965: „Aufgaben einer modernen Regierungslehre", PVS, 6. Jg, 422-437.

Hesse, Joachim J./Ellwein, Thomas, 2004[9]: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1 (Text) - Bd. 2 (Materialien), Berlin.

Hoecker, Beate/**Scheele**, Alexandra, 2008: „Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation". Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 17. Jg., H.2, 9-20.

Holland-Cunz, Barbara, 1998: Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt, Opladen.

Holland-Cunz, Barbara, 2004: „Demokratie, Staatsbürgerschaft, Partizipation". In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven, Wien, 127-148.

Kerchner, Brigitte, 2006: „Wirklich Gegendenken. Politik analysieren mit Michel Foucault". In: Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke (Hg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik, Wiesbaden, 145-164.

Kerchner, Brigitte, 2010a: „Juridischer Diskurs und ökonomisches Kalkül. Zu Foucaults Kritik des Rechtsstaats". In: Schulze, Detlef Georgia/Berghahn, Sabine/Wolf, Frieder Otto (Hg.): Rechtsstaat und Demokratie. Transdisziplinäre Analysen zum deutschen und spanischen Weg in die Moderne, Bd. 2, Münster, i. Druck.

Kerchner, Brigitte, 2010b: „Diskursanalyse der Intersektionalität". In: Vinz, Dagmar/Smykalla, Sandra (Hg.): Intersektionalität zwischen Gender und Diversity, Münster, i. Druck.

Kerchner, Brigitte/**Schneider**, Silke (Hg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung, Wiesbaden.

Korte, Karl-Rudolf/**Fröhlich**, Manuel, 2006[2]: Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, München, Wien, Zürich.

Korte, Karl-Rudolf, 2009[6]: „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland". In: Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian (Hg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung, Paderborn, 63-97.

Lange, Stefan, 2007: „Kybernetik und Systemtheorie„. In: Benz, Arthur u. a. (Hg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden, 176-187.

Larner, Wendy/**Walters**, William, 2004: Governementality. Governing International Spaces. London.

Luhmann, Niklas, 1969: „Komplexität und Demokratie". PVS 10, 314-325.

Luhmann, Niklas, 1988: „Frauen, Männer und George Spencer Brown". Zeitschrift für Soziologie, 17. Jg., Nr. 1, 47-71.

Luhmann, Niklas, 2002: Die Politik der Gesellschaft, hg. v. A. Kieserling, Frankfurt/M.

Mayntz, Renate, 2004: „Governance im modernen Staat". In: Benz (Hg.): Governance, 65-76.

Marschall, Stefan, 2007: Das politische System Deutschlands, Konstanz.

McCall, Leslie, 2005: „The Complexity of Intersectionality". Signs. Journal of Women in Culture and Society, Bd. 30, Nr. 3, 1771-1800.

Mouffe, Chantal, 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt/M.

Naschold, Frieder, 1968: „Demokratie und Komplexität". PVS, 9. Jg., 494-518.

Papadopoulos, Yannis, 2004: „Governance und Demokratie". In: Benz (Hg.): Governance, 215-237.

Pilz, Frank/**Ortwein**, Heike, 2008[4]: Das politische System Deutschlands. Systemintegrierende Einführung in das Regierungs-, Wirtschafts- und Sozialsystem, München.

Reese-Schäfer, Walter, 2000: „Systemtheorie der Politik: Niklas Luhmann". In: Ders., Politische Theorie heute, München, Wien, 107-153.

Robert, Rüdiger, 2007[4]a: „Politisches System und Globalisierung – Begriffklärungen". In: Ders. (Hg.), Bundesrepublik Deutschland, 9-26.

Robert, Rüdiger (Hg.), 2007[4]c: Bundesrepublik Deutschland – Politisches System und Globalisierung. Eine Einführung, Münster u. a.

Rudzio, Wolfgang, 2000[5]: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.

Scharpf, Fritz W., 1999: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt/M.

Sturm, Roland/**Pehle**, Heinrich, 2005[2]: Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.

Teubner, Ulrike, 2001: „Soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern – kein Thema innerhalb der Systemtheorie?" In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Verortung der Geschlechter – Gesellschaftstheorie und feministische Kritik, Münster, 288-316.

Thränhardt, Dietrich, 2007[4]: „Internationale Organisationen, politisches System und Globalisierung". In: Robert (Hg.): Bundesrepublik Deutschland – Politisches System und Globalisierung, 297-312.